

Der Fahrplan ... gültig für die Menschen im Lande des schnellen Vergessens (blühende Landschaften)

18. September 1944	Verkündung der Besetzung des Deutschen Reiches und der Beschlagnahme allen Besitzes der Deutschen durch Dwight D. Eisenhower Deutschland unter Kriegsrecht – SHAEF – Gesetze
November 1944	Beginn des „Minnesota-Starvation-Experiments“ (zu deutsch: Minnesota-Verhungern-Experiment) unter der Leitung von Ancel Keys
08. Mai 1945	bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht
17. Juli – 02. August 1945	Potsdamer Abkommen der Alliierten. Berlin erhält Sonderstatus unter alliierem Hochkommissariat.
Dezember 1945	Erfolgreicher Abschluß des Minnesota-Starvation-Experiment mit weitreichenden Erkenntnissen zu Mangel-, Fehl- und Unterernährung und Nahrungsentzug
1946/ 47	Hungerwinter mit 2 Mio. verhungerten Deutschen (Der Reichsernährungsstand Okt. 1944 war der gleiche wie Okt. 1945, ab 1946 wurden daraus 75 % der landwirtschaftlichen Produktion requiriert)
1947	Inkrafttreten der Besatzungskommandatur-Ordnung 47(50) – BK/O 47(50) in Verbindung mit dem SHAEF-Gesetz Nr. 52
20. Juni 1948	Beschluß der Währungsreform von RM auf DM in den drei westlichen Besatzungszonen
21. Juni 1948	Es gilt in den drei westlichen Besatzungszonen die DM als alleiniges Zahlungsmittel
23. Juni 1948	Die sowjetische Militärverwaltung führt eine eigene Währungsreform durch, um zu verhindern, dass ihre besetzte Zone mit alter RM überschwemmt wird. Sie erklärt für gesamt Berlin zuständig zu sein und führt das Ostgeld in ganz Berlin ein. Die Westberliner Bevölkerung protestiert, daraufhin wird von den Westalliierten die DM in Berlin-West eingeführt.
24. Juni 1948	Beginn der Berlin-Blockade durch die Sowjets als direkte Reaktion auf die Einführung der DM in der westlichen Besatzungszone und das Vorhaben dort ein föderatives Wirtschaftssystem zu etablieren.
12. Mai 1949	Ende der Berlin-Blockade
23. Mai 1949	Gründung der BRD als wirtschaftliches Verwaltungssystem mit einem Grundgesetz für den von den Westalliierten besetzten Teil des Deutschen Reiches. Dieses gilt nach Maßgabe der Alliierten nicht für Berlin. Das Grundgesetz wurde von einem Parlamentarischem Rat erarbeitet, von den Alliierten korrigiert und dann genehmigt und wird seitdem ohne Zustimmung des deutschen Volkes verändert und geändert. (Hinweis: nach Art. 120 kommt Deutschland für die Besatzungskosten auf – unverändert).
07. Oktober 1949	Gründung der DDR
1954, 1956, 1960	Schrittweise Aufhebung der Militärgesetze in der Anwendung durch die Alliierten im vereinigten Wirtschaftsgebiet BRD. Bekanntmachung innerhalb der BRD im Bundesgesetzblatt

13. August 1961	Bau der Berliner Mauer und Beginn der Grenzschutzanlagen an der innerdeutschen Grenze
1966/ 1967	Wirtschaftskrise in der BRD – große Koalition 1966 - 1969 (Finanzminister Strauß/ Wirtschaftsminister Schiller)
Juni 1967	Debatte über die Einführung des Art 20,4 im Grundgesetz (Widerstand) und unter Ausarbeitung und Führung von Dr. Bert Even (CDU) 1968 ins GG aufgenommen
1966, 67, 68, 69	Zeiten der APO (außerparlamentarische Opposition), Intellektuelle versuchen eine politisch verbesserte Situation zu schaffen, um den arbeitenden Menschen Vorteile zu verschaffen – diese fühlen sich bei Vollbeschäftigung und wachsenden Löhnen allerdings wohl.
07. Juli 1972	Karl Schiller tritt von seinem Amt als Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen aus Protest gegen die von Willy Brandt verordneten Verschuldungspolitik zurück.
1973	gibt die BRD ihr Alleinvertretungsrecht für Gesamtdeutschland auf BRD und DDR erkennen damit einander an und geben sich gegenseitig die Legitimation als Staaten. Beide Verwaltungseinheiten werden daraufhin in die UNO aufgenommen.
31. Juli 1973	Bei der Überprüfung des Grundlagenvertrages zwischen der BRD und der DDR stellt das Bundesverfassungsgericht fest, dass das Deutsche Reich nicht untergegangen ist, sondern fortbesteht. Es hat gültigen Rechtscharakter ist aber mangels Organisation nicht handlungsfähig. Die BRD ist eine Neuorganisation eines Teilgebietes des Deutschen Reiches, aber nicht dessen Rechtsnachfolger, auch wenn sie sich für Gesamtdeutschland verantwortlich fühle.
1982	Umbenennung der Zuwendungen im Budgetverteilungsplan für VEB'n in der DDR auf Kredite/ Darlehen
01. Oktober 1982	Durch ein konstruktives Misstrauensvotum übernimmt Helmut Kohl (Henoch Kohn) die Geschäfte der BRD – Verwaltung mit dem Kernsatz der „Wende zur geistig – moralischen Erneuerung“ für die nächsten 16 Jahre.
19. Oktober 1982	Das am 01. Januar 1982 verabschiedete Staatshaftungsrecht wird vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt und findet somit keine Anwendung mehr. Die Staatshaftung für Beamte und Angestellte im öfftl. Dienst besteht nicht mehr.
01. Januar 1984	Inkrafttreten des 1. Sparhaushalt Begleitgesetzes
09./10. November 1989	Fall der Berliner Mauer. Nach großen Protestmärschen durch das Volk der DDR zerlegt sich die DDR. Das Volk skandierte „Wir sind das Volk“, der zu Besuch eilende Helmut Kohl (Henoch Kohn) skandiert „Wir sind ein Volk“
31. Dezember 1989	Das Gesamthandelsdefizit der DDR im Westen beträgt DM 18,4 Mrd. (32,2 Mrd. Bruttoverschuldung; 17,9 Mrd. Forderungen und 4 Mrd. Passiv-Saldo Innerdeutscher Handel IDH). Das sind 5,88% des BIP's. Die Verschuldung der BRD liegt bei 929 Mrd. DM bei privaten Banken. Das sind 41,8% des BIP's.
01. Januar 1990	An die Stelle des „Begrüßungsgeldes“ tritt der Reisedevisenfonds zur Unterstützung des Reiseverkehrs von Ost nach West. Der Umtauschkurs für die Mark der DDR in DM wird von den Banken der DDR auf 3:1 festgelegt. Auf dem Schwarzmarkt liegt der Kurs bei 5:1.

Im Nachhinein stellt sich heraus, dass plötzlich viel DDR Mark in die DDR geschafft werden (aus West wie Ost), damit es dort zu einem Umtausch in DM kommt.

06. Februar 1990 Bundeskanzler Helmut Kohl kündigt an, der DDR eine Währungsunion mit Wirtschaftsreformen anzubieten.
13. Februar 1990 Gespräch Helmut Kohls mit Hans Modrow: Vereinbarung zur Bildung einer gemeinsamen Kommission, um eine Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft vorzubereiten.
01. März 1990 Der Ministerrat unter Hans Modrow beschließt die Bildung der Treuhand, um die staatlichen Betriebe kontrolliert in das marktwirtschaftliche System zu führen.
18. März 1990 Die Regierungen der Bundesrepublik und der DDR einigen sich in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesbank auf die Basispunkte eines Staatsvertrages.
19. März 1990 Gründung der Deutschen Kreditbank (DKB), Vorstandsvorsitzender Edgar Most als stellvertretender Vorsitzender der DDR – Staatsbank.
27. April 1990 Die Verhandlungen um die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion beginnen in Ostberlin.
18. Mai 1990 Abschluss des „Vertrags über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR“: Regelungen zur Einführung der Deutschen Mark und der sozialen Marktwirtschaft in der DDR sowie zur Anpassung des Sozialversicherungssystems.
17. Juni 1990 Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens der DDR durch die DDR-Volkskammer (Treuhandgesetz) in Verbindung mit dem Staatsvertrag vom [18. Mai 1990](#) und dem Einigungsvertrag vom [31. August 1990](#) (Die Bundesrepublik übernimmt das DDR Vermögen und haftet für die DDR Staatsschulden).
21. Juni 1990 Ratifizierung des Staatsvertrages über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion durch den Deutschen Bundestag und die Volkskammer der DDR.
- Übertragung der Schuldposten (Kredite/ Darlehen) von der DDR-Staatsbank an die DKB. Die Anteile der DDR-Staatsbank gehen an die Treuhandanstalt über.
01. Juli 1990 Der Treuhandanstalt sind 8.500 Betriebe mit 4 Mio. Arbeitnehmern unterstellt.
- Die Währungsunion BRD/ DDR tritt in Kraft
- 01. Juli 1990** **Die erste Stufe des im Delors-Bericht vom 17. April 1989 entwickelten Drei-Stufen-Plans für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion tritt in Kraft. Die Liberalisierung des Kapitalverkehrs beginnt.**
12. September 1990 Der sogenannte 2 + 4 Vertrag zwischen DDR und BRD und den Alliierten wirft bei den Alliierten einige Fragen auf, diese veranlassen daraufhin eine wesentliche Änderung des Grundgesetzes in den Art. 23 und 146. Danach tritt der Vertrag zum 15. März 1991 in Kraft. Hauptakteure sind Helmut Kohl (Henoeh Kohn), Hans-Dietrich Genscher und Markus Meckel. Beisitzerin und Begleiterin seitens der ehemaligen DDR bei den 2 + 4 Verträgen ist eine unbekannte Angela Merkel.

03. Oktober 1990 Der ehemaligen DDR wird das BRD – Grundgesetz übergestülpt und 5 neue Bundesländer treten dem vereinigten Wirtschaftsgebiet bei. Aus einer Annexion wird eine Wiedervereinigung gemacht. Aus Mitteldeutschland wird Ostdeutschland gemacht.
- Die Treuhandanstalt wird unmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts der BRD und geht in deren Staatshaftung über.
- Der größte Teil des Passivgeschäftes (Privatkunden- und Firmengeschäft: hier Kredite und Darlehen im Bestand – [siehe 1982](#)) der DDR – Staatsbank/ DKB geht anteilig auf die Dresdner Bank Kreditbank AG und Deutsche Bank Kreditbank AG über.
- Hierbei geht es in erster Linie um die Umbenennung von Ausgleichs- und Budgetzahlungen ab 1982 in Kredite/ Darlehen der VEB'n in der DDR. Allerdings auch um die Kosten der Währungsumstellung von Ostmark auf DM 1990, ca. 26 Mrd. DM.
04. Oktober 1990 An diesem Tag bekommen 8.500 Gesellschaften mit 45.000 Betrieben, nunmehr der freien Marktwirtschaft angehörig - aber der Treuhand zur wirtschaftlichen Förderung oder Liquidierung unterstellt – seitens der Dresdner und Deutschen Bank (Kreditbank AG's) Darlehensrückforderungen nebst Zinsen (damalige Hochzinsphase mit bis zu 12% für laufendes Kontokorrent) und Verzinsung der letzten acht Jahre ins Haus.
- Die Abwicklung der angeblich „maroden“ DDR – Betriebe durch die Treuhand beginnt Verluste in die Milliarden einzufahren.
- Seit dem 03. Oktober 1990 steht die BRD in der Haftung für alle Schulden und Zahlungen, die sich aus dem Gebilde „Übernahme der DDR“ ergeben.
15. März 1991 Nachdem die fehlenden Ratifizierungen (durch BRD) ausgestellt wurden, tritt der 2 + 4 Vertrag in Kraft. Darin erhält Deutschland weiterhin keinen Friedensvertrag, Berlin behält seines Sonderstatus bei (gehört also nicht zum Rechtsraum der BRD). Die BRD hat für den europäischen Einigungsprozess lt. Grundgesetz Sorge zu tragen (Wohlgemerkt, das gilt für die BRD und deren Organe).
31. Dezember 1994 Die Treuhandanstalt wird aufgelöst. Bis heute geht man von ca. 60 Mrd. DM Erlösen aus, die sie „erwirtschaftete“. Allerdings stehen dem ca. 400 Mrd. DM Verschuldung gegenüber, von denen offiziell 200 Mrd. DM in den Erblastentilgungsfonds übergeleitet wurden. Die restlichen „Aufgaben“ der Treuhand wurden auf verschiedene Bundeseinrichtungen der BRD übertragen
- Verschuldung der BRD 1.662 Mrd. DM (50,1% des BIP's)
01. Januar 1995 Die Bayern LB kauft die DKB, die Bankverbindung der Treuhandanstalt, für 105 Millionen DM und finanziert so die Kosten der Treuhandabwicklung.
- Das Volk der BRD ist mit ca. 700 Mrd. DM netto mehr verschuldet, durch die Abwicklung der angeblich „maroden“ DDR. Am Ende des Jahres mit 1.996 Mrd. DM (57,7% des BIP's).
- Ab 1998 Änderung der Steuerfreiheiten für Unternehmen.
Jedes Unternehmen kann seinen Gewerbesteuersitz frei wählen. Jedes Unternehmen kann seine Kosten in Deutschland abschreiben und darf seine Gewinne günstigst möglich im selbst gewählten Ausland versteuern.
- Ab 2000 Gewinne auf Veräußerungen von Firmen werden steuerfrei gestellt.
(Mannesmann – Vodafone/ Esser – Ackermann)

- Ab 2003 Die Bundesregierung fördert den betrieblichen Umzug ins Ausland mit ca. 80 – 100 Mrd. € pro Jahr.
- Ab 2004 Unter den sogenannten Langzeitarbeitslosen befinden sich ca. 60% ehemalige Selbständige und Führungskräfte aus allen Branchen. Sie gelten als „schwer vermittelbar“.
19. April 2006 Nachdem der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte festgestellt hatte, dass der zweite Senat des Oberlandesgerichtes Leipzig Unrecht gesprochen hatte, wurde der Fall vom Bundesverfassungsgericht zurück an das Oberlandesgericht Leipzig zur Korrektur gereicht. Doch selbst danach sprach das Oberlandesgericht Leipzig wieder Recht gegen jedes Recht, beging also Rechtsbeugung, strafbar nach § 339 StGB. Daraufhin mussten die Besatzungsmächte die Justiz der BRD einschränken und haben das Gerichtsverfassungsgesetz, die Zivilprozessordnung und die Strafprozessordnung aufgehoben (19.04.2006). Damit sollten die Rechte der Bürger gestärkt werden.
- [Erstes Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht ... BGBl v. 19.06.2006](#)
08. Juni 2006 Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte urteilt unter EGMR 75529/01 nach mehreren Verfahren, dass die BRD kein wirksamer Rechtsstaat ist.
29. November 2007 [Zweites Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht ... BGBl v. 29.11.2007](#)
- In Artikel 2 werden die Aufhebung der Militärgesetze von 1956, 1958 und 1960 wieder aufgehoben. Es gilt wieder das Militärrecht in Deutschland gemäß den SHAEF – Gesetzen vom 18. September 1944. Einziges Staatsgericht bleibt nach Kontrollratsgesetz Nr. 35 das Arbeitsgericht
14. Dezember 2010 [Weiteres Gesetz zur Bereinigung von Bundesrecht ...](#)
- Dieses greift bis ins Kaiserreich zurück ..
28. September 2011 Auf dieser nicht erfreulichen Grundlage veranlasste die für die Geschäftsordnung zuständige Bundeskanzlerin nach vorliegendem Geschäftsplan eine Abstimmung im Bundestag zu einem Rettungspaket für notleidende EURO-Staaten-Mitglieder der EU über insgesamt 211 Mrd. €. Der Bundestag stimmte mit deutlicher Mehrheit von 523 Stimmen zu, obwohl dies nicht die Mehrheit des Volkes repräsentierte. Denn das war zu 70% dagegen. Einen Tag nach der Abstimmung wurde der Verdacht geäußert, dass sich der Anteil Deutschlands auf über eine Billionen € erhöht hat. Der Verdacht ist heute bestätigt.
05. Oktober 2011 Die BRD – Geschäftsführung hat sich Beratungsunterstützung von Boston-Consult eingeholt, um sich vortragen zu lassen, dass die BRD-Bürger mit 11% ihres Vermögens zwangsbelastet werden sollen.
- Im Hier und Jetzt darf sich jeder entscheiden, wie wichtig Europa für den einzelnen Menschen, besonders uns Deutsche ist und war. Anhand dieses Fahrplanes kann jeder selbst entscheiden, ob er sich für sich, seine Familie, sein Umfeld oder für ein Europa ohne Gemeinschaftssinn oder eine BRD ohne Interesse an einer Schutzgemeinschaft im Sinne eines Staates einsetzen möchte.
- Arbeit gibt es auch ohne Europa, BRD und Brot- & Spielillusionen mehr als genug in Deutschland. Für Anpacker und Woller.

05. Oktober 2011

bk@klapdor-consult.de